

Nach der Libyen-Verweigerung und dem Abschalten der Atomkraft steht nun der Abschied vom Euro-Stabilitätspakt auf der Tagesordnung.

Politik des Ausstiegs

Von Gerd Held

Es ist ein Bild mit Symbolkraft vom vergangenen Wochenende: Unter allseitigem Beifall wird das Brandenburger Tor mit einem Anti-Atomkraft-Transparent verhängt. In diesen Tagen gibt es eine große Selbstgewissheit im Land, die sich nicht gerne von außen stören lassen will. Dabei wäre gerade jetzt ein unverstellter Blick angebracht. Nach Deauville zum Beispiel, wo der G-20-Gipfel zeigte, dass die Dinge eventuell auch ganz anders laufen. Von Teilnehmern wird berichtet, die Konferenz habe die deutschen Beiträge mit „höflicher Verwunderung“ zur Kenntnis genommen. Das ist eine sehr diplomatische Umschreibung der Tatsache, dass das doppelte „Nein“ – bei der Libyen-Intervention und bei der Atomkraft - Deutschland isoliert hat. Mit Konsequenzen, denn manche praktische Frage wird nun ohne die Deutschen gelöst. Manche operative Verbindung bleibt ihnen verschlossen. Dahinter steht ein größeres Fragezeichen an die zukünftige Rolle unseres Landes. Will es sich noch auf die Brennpunkte der Realität einlassen oder nicht? Die deutschen Redebeiträge seien „sehr prinzipiell“ gewesen, heißt es. Zur guten German Gründlichkeit zeigt bisweilen die fatale Tendenz, sich den kniffligen Fragen des Hier und Jetzt zu verweigern. In Bengasi oder Fukushima wollte man die Dinge „vom Ende her“ denken und die letzten Fragen vor die ersten Fragen zu stellen. Das gilt hierzulande als Zeichen besonderen Engagements, aber es sind die ersten Fragen, bei denen man sich die Hände schmutzig macht. Wo ein Land in Krieg fällt oder ein Industrieprozess außer Kontrolle gerät, zeigt sich das Engagement nicht im Aussteigen, sondern

in der Intervention. Und damit sind nicht die üblichen Good-Will-Instrumente – Hilfsgelder und Beobachter-Delegationen – gemeint, mit denen man ja eine gewisse Distanz zu Zerstörung und Tod wahrte. Die realpolitische Intervention ist ungemütlicher und das ist ziemlich präzise der Punkt, an dem die deutsche Politik nun zweimal „nein“ gesagt hat. Niemand sollte denken, dass dieser Punkt international nicht bemerkt worden wäre. In Deauville hat man den deutschen Beiträgen höflich zugewinkt, aber eine gewisse Spannung stand auch im Raum. In einer Lage, in der sich der Handlungsdruck weltweit erhöht, ist Deutschland – nicht wirtschaftlich, aber politisch – in den Verdacht geraten, vielleicht doch als Geisterfahrer unterwegs zu sein. Da weckt auch das verhängte Brandenburger Tor ein leises Unbehagen.

Es gibt hierzulande eine merkwürdige Verschiebung dessen, was man unter „Politik“ versteht. Eigentlich müsste der Problemdruck zur Konsequenz haben, dass die Politik sich auf die Fragen der Durchsetzbarkeit konzentriert. Dass sie dort, wo harte Hindernisse im Weg stehen, diese direkt angeht und von ihrer Überwindung alles weitere abhängig macht. Und dass sie dort, wo sich Chancen eröffnen, entschlossen zugreift und sich nicht mit allen möglichen Einwänden aufhält. In der Energiepolitik besteht das Hindernis, dass die regenerativen Energien nicht produktiv genug sind. Also müsste dies Hindernis beseitigt werden. Das geht nur durch reale Produktion über mehrere Jahre, bevor man sich in Ausstiegsszenarien begeben kann. In den arabischen Demokratiebewegungen muss die Realpolitik nicht ein Hindernis abarbei-

ten, sondern eine Chance pflegen und dafür zur Not auch militärische Mittel einsetzen. Diese Mittel müssen glücklicherweise nicht erst erfunden werden, sondern sie sind da. Insgesamt sollte man also von der Politik erwarten, dass sie „herabsteigt“ in die Realität.

Doch ist in unserer politischen Kultur eine entgegengesetzte Bewegung zu beobachten. Die Politik steigt nicht herab, sondern hinauf. Sie sucht ihr Heil auf einer höheren Ebene. Auf der realpolitischen Ebene regiert das „Nein“. Die aufgerissenen Leerstellen werden mit Luftbuchungen und rhetorische Gesten überspielt. Man malt eine ganze „Revolution“ in Nordafrika und Nahost aus. Und man prophezeit „neue Generationen“ von Wind- und Solarparks voraus, um der dürftigen Bilanz der bestehenden Parks nicht ins Auge zu sehen. Die Bundeskanzlerin vermeldet von Deauville als Erfolg, man habe erstmalig internationale AKW-Inspektionen eingeführt und damit die Politik „auf eine andere Ebene gehoben“ – es ist ein Schlüsselsatz ihrer Kanzlerschaft, einschließlich der so typischen, umrahmenden Handbewegung. Wer hier nachfragt, wie denn die Prüfkriterien und Inspektionsgänge aussehen, liegt falsch. Denn längst gilt die Regel, dass jeder praktische Einwand mit der Bemerkung abgetan wird, es ginge darum, eine positive Aussicht zu eröffnen und Mut zu machen. Das politische Deutschland soll eine Landschaft der Zeichen und Symbole sein. In der Politikersprache heißt es nicht mehr „wir sparen“ sondern „wir unternehmen große Anstrengungen um zu sparen“.

So wird aus dem Vollzug ein bloßer Anlauf oder Versuch. Die politische Rhetorik teilt uns nicht eine Tat mit, sondern nur das Herangehen an eine Sache. Nachher ist es dann halt anders gekommen. Und so geht es jeden Tag von vorne los.

Die Ironie des vergangenen Wochenendes wollte es, dass die Realität dann doch hineinplatzte. In Athen finden die Sparmaßnahmen keine Mehrheit mehr. Es war sozusagen ein Ebenen-Unfall, der mit einem Schlag deutlich macht, dass es in Europa keine höhere Instanz gibt, die überall mit Fördern und Fordern „durchregieren“ kann. Hier wird deutlich, dass noch ein weiterer Groß-Ausstieg schon im Gang ist: der Ausstieg aus der finanzpolitischen Haftbarkeit der Staaten, dem Eckpunkt der bisherigen Stabilitätskultur.

Verweigerung in Libyen, Abschalten der Atomkraft, Bruch des Stabilitätspaktes – dies Panorama ist so destruktiv und fremdelt so sehr mit den Eckwerten der Bundesrepublik, dass man glauben möchte, dies sei nur ein böser Traum. Aber so ist es nicht. Die Aussteiger-Politik regiert in Deutschland. Sie wird von SPD und CDU/CSU getragen, den großen Regierungsparteien unserer Republik. Dabei bildet die Wende der Union die eigentliche Zäsur. Eine Zäsur, die ratlos macht. Wo sind die ehemaligen Kernkompetenzen bei Finanzen und Sicherheit geblieben? Wer hat der Partei beigebracht, dass sie ihre Argumente der vermeintlichen Stimmungslage opfern müsse? Fast scheint es so, als habe die Merkel-CDU den Glauben an die Bundesrepublik verloren.

(Manuskript vom 31.5.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 3.6.2011)